



ÜBER MIGRATION SPRECHEN: EIN PLÄDOYER FÜR MEHR GELASSENHEIT

Zusammenfassung

Der Diskurs in Medien, Politik und öffentlicher Debatte zum Thema Migration ist in europäischen Ländern, sowie weltweit oft polarisiert und eher negativ besetzt. Dies trägt zu Forderungen nach einer restriktiveren Migrationspolitik bei.

Wenn Organisationen dieses Paradigma ändern wollen, versuchen sie in der Regel, sich und ihre positiv konnotierten Botschaften verstärkt in die öffentlichen Debatten über Migration einzubringen. In diesem Beitrag wird untersucht, ob ein solches proaktives Engagement die Debatte tatsächlich effektiver beeinflussen kann als die kontraintuitive Strategie, die Debatte durch eine geringere Beteiligung, beziehungsweise Zurückhaltung, zu entschärfen. Wir analysieren diese Optionen, indem wir die Frage anhand von Theorien zu **Framing** und **Agenda Setting** untersuchen



AUTOR

Rob McNeil

Forscher und Berater
spezialisiert auf Migration in den
Medien und stellvertretender
Direktor des Migration Observatory
am Zentrum für Migration,
Politik und Gesellschaft der
Universität Oxford (COMPAS)

FEPS
FOUNDATION FOR EUROPEAN
PROGRESSIVE STUDIES



THE FOUNDATION FOR EUROPEAN PROGRESSIVE STUDIES (FEPS)

European Political Foundation – N° 4 BE 896.230.213
Avenue des Arts 46,
1000 Brüssel (Belgien)
www.feps-europe.eu
@FEPS_Europe

IN ZUSAMMENARBEIT MIT:



FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG EU-BÜRO BRÜSSEL

Rue du Taciturne 38,
1000 Brüssel (Belgien)
<https://brussels.fes.de>
@FES_Europa



Dieses politische Briefing wurde mit finanzieller Unterstützung des Europäischen Parlaments erstellt. Es spiegelt nicht die Meinung des Europäischen Parlaments wieder.

Diese politische Studie gibt nur die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder und nicht notwendigerweise die Ansichten von FEPS und FES.

Copyright © 2023 liegt bei der Stiftung für Europäische Progressive Studien & der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Front page photo: © European Union/Cellou Binani

Foto auf der Titelseite: Shutterstock.com/ Alexandros Michailidis

Übersetzung aus dem Englischen: Tim Steins

Layout und Satz: Hanno Schreiber

KBR-Hinterlegungsnummer: D/2023/15396./39

ZENTRALE ERKENNTNISSE

1. Wird das Thema Migration in den Medien in den Vordergrund gerückt, erhöht dies in der Regel auch die Prominenz des Themas in der Öffentlichkeit (Agenda Setting).
2. In den Medien wird das Thema Migration in der Regel nicht ausgewogen dargestellt, um den Zuschauer:innen eine kritische Bewertung der unterschiedlichen Optionen zu ermöglichen. Stattdessen ist die Diskussion eher geprägt von einer sich stetig wiederholenden Darstellung migrationskritischer Konzepte und Einordnungen ("Frames").
3. Eine erhöhte Aufmerksamkeit für Migrationsthemen kommt daher tendenziell Akteur:innen zugute, die eine restriktivere Migrationspolitik befürworten.
4. Eine geringere Aufmerksamkeit für das Thema Migration würde wahrscheinlich eher zu einer Verringerung der Sorgen zum Thema in der allgemeinen Öffentlichkeit führen, als durch die verstärkte Darstellung eines positiveren Framings durch migrationsfreundliche Akteur:innen.

Einleitung

Die Migrationspolitik eines jeden modernen Staates muss zwangsläufig ein Gleichgewicht zwischen Sicherheit und Offenheit finden – sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus humanitären Gründen. In vielen europäischen Ländern gibt es jedoch die Auffassung und Sorge, dass die Darstellung von Migration und Migrant:innen in den Medien und in politischen Debatten stetig negativer¹ und oftmals irreführend geworden ist. Dies habe nach Ansicht einiger Akteure auch dazu beigetragen, ²dass der Schwerpunkt der Migrationspolitik nicht mehr auf humanitären Aspekten oder den potenziellen demografischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der europäischen Länder selbst liegt, sondern vielmehr auf der strikten Durchsetzung von strengen Grenzkontrollen, Abschiebungen und anderen Abschreckungsmaßnahmen.

Viele zivilgesellschaftliche und politische Organisationen, sowie Initiativen in ganz Europa, versuchen den Migrationsdiskurs und die Medienberichterstattung positiver, präziser und nuancierter zu gestalten. Oft haben diese Organisationen sogenannte Theories of Change³ entwickelt, die sich auf Kommunikationsstrategien mit positiven Botschaften über Migrant:innen und Migration konzentrieren.

Dies beruht auf der Annahme, dass positive Botschaften die Dominanz negativer Beiträge über Migration in den Medien verringern und somit dazu beitragen, bestimmte Ziele zu erreichen – beispielsweise mehr Zustimmung zu einer Politik, die sich sowohl für die sozialen und wirtschaftlichen Vorteile der internationalen Migration, sowie den Schutz von vulnerablen und besonders schutzbedürftigen Migrant:innen einsetzt.

Doch ist diese Annahme korrekt?

Dieses Briefing versucht dieser Annahme mit Blick auf Theorien zu **Framing**⁴ und **Agenda Setting**⁵ auf den Grund zu gehen.

Diese Theorien zur Medienwirkung beschreiben, wie Nachrichten, politische Aussagen und andere Formen der öffentlichen Kommunikation die Einstellung der Allgemeinheit sowie politische Entscheidungen auf unterschiedliche Weise beeinflussen:

- Die Framing-Theorie geht davon aus, dass die Art und Weise, **wie** Themen in den Medien und politischen Debatten diskutiert werden, insbesondere welche Inhalte enthalten und welche nicht enthalten sind, beeinflusst, wie diese Themen von der Allgemeinheit verstanden werden und wie auf diese Themen reagiert wird.
- Die Agenda-Setting-Theorie besagt, dass die öffentliche Reaktion auf Themen davon abhängt, welche Aufmerksamkeit das Thema erfährt. Dies wird zu einem großen Teil dadurch bestimmt, wie prominent einzelne Themen in der öffentlichen Debatte dargestellt und platziert werden.

Kurz gesagt befassen sich beide Ansätze mit der Rolle der Medien für die Meinungsbildung zu einem Thema: Agenda Setting analysiert, **welche** Themen wir für wichtig halten sollen, während eine Framing-Analyse untersucht, **wie** wir sie interpretieren sollen.

Strategien, die auf Veränderungen abzielen, unterscheiden sich also je nachdem, ob sie auf Agenda-Setting- oder Framing-Methoden abzielen.

Wenn man davon ausgeht, dass das negative Framing von Migrationsfragen durch einwanderungsfeindliche Akteur:innen die Triebkraft von negativen Einstellungen in der Öffentlichkeit ist, dann erscheinen Bemühungen um ein positives "Re-framing" als die beste Option, um Debatten und gesellschaftliche Ansichten zu verändern.

Ist es aber die allgemeine öffentliche Wahrnehmung, dass "Migration ein großes Problem" sei, die negative Reaktionen hervorruft und nicht die spezifischen Details, wie Migrationsgeschichten erzählt werden, dann könnte ein anderer (und schwierigerer) strategischer Ansatz notwendig sein, um Bedenken in der Bevölkerung zu entkräften. Nach dieser zweiten Lesart ist die "Salienz" – das Gefühl, dass ein bestimmtes Thema von besonderer Relevanz ist – für die Bedenken der Allgemeinheit wichtiger, als die Art und Weise, wie eine Nachricht aufbereitet und gerahmt wird. Wenn dies der Fall ist, sollte nicht versucht werden lediglich lauter zu sein als die Gegenstimmen, um dem eigenen Framing Gehör zu verschaffen. Stattdessen sollte in erster Linie versucht werden, die Wirkung der Agenda-Setting-Prozesse zu verringern, indem man die Lautstärke herunterregelt statt sie aufzudrehen.

Wer schreit am lautesten?

Ob man sich auf einen Streit oder eine Debatte einlässt oder nicht, ist in jeder Situation eine wichtige strategische Entscheidung. Es gilt, den jeweiligen Kontext zu berücksichtigen, in dem die Akteur:innen agieren. Dies kann zum Beispiel bedeuten, dass man sich Gedanken darüber machen muss, welche Art von Frames üblicherweise verwendet werden (und von wem). Außerdem gilt es darüber zu reflektieren wer die öffentliche "Agenda" vorgibt (in der Regel mehrere Akteur:innen), sowie wie und mit welchem Ziel dies geschieht. Es lohnt sich zusätzlich, darüber nachzudenken, ob das Gesagte, überhaupt von Menschen gehört wird, die offen für eine andere Perspektive sind.

Es gibt Hinweise darauf, dass in politischen und medialen Debatten über Migration oft festgefahrene Positionen vertreten werden.⁶ Dies bedeutet, dass die Teilnehmenden an solchen Debatten – von Redner:innen oder Politiker:innen, die eine Position vertreten, über Journalist:innen, die über diese Position berichten, bis hin zum Publikum, welches die



"Salienz" [ist] für die Bedenken der Allgemeinheit wichtiger, als die Art und Weise, wie eine Nachricht aufbereitet und gerahmt wird.



berichteten Inhalte konsumiert – sich oft schon eine klare Meinung gebildet haben, bevor die aktuelle Debatte überhaupt begonnen hat. In solchen Situationen kann im Prinzip nicht mehr von einer "Debatte" die Rede sein, und der Nutzen einer Beteiligung ist fragwürdig:

"Das Ergebnis strategischer Kommunikation und journalistischer Bedürfnisse ist eine "Einwanderungsdebatte", die weniger ein Abwägen konkurrierender Ideen ist, als eine Reihe von Positionierungen, die von fundamental gegensätzlichen Akteuren immer und immer wieder wiederholt werden. [...] In Nachrichten zum Thema Migration [...] scheint es an einem nachhaltigen Dialog zwischen den gegensätzlichen Standpunkten der jeweiligen Interessenvertreter zu mangeln – vor allem, wenn es sich um weniger bekannte oder marginalisierte Akteure handelt – und somit kommt es eher zu Wortgefechten als zu einer sich entfaltenden Debatte." Benson and Wood (2015)⁷

Wenn Menschen sich bereits eine Meinung gebildet haben, ist zu erwarten, dass sie sich auf sogenannte motivierte Denkprozesse ("motivated reasoning")⁸ konzentrieren. In diesen Prozessen wird selektiv nur an Daten, Konzepte und Frames geglaubt, die die eigenen, bereits bestehenden Positionen bestätigen, während jene Beiträge ignoriert werden, die bestehende Positionen in Frage stellen.

Medien können unsere Tendenz zu motivated reasoning ausnutzen, indem sie ihre Rezipient:innen zu einer "Wertegemeinschaft"⁹ zusammenschweißen, die durch eine gemeinsame politische Identität und geteilte Ansichten zusammengehalten und gefestigt wird.

Migrationsthemen sind oft Teil des Kitts, der solche Wertegemeinschaften verbindet. Medienunternehmen verstärken die Bindung mit Beiträgen, die darauf abzielen, die Standpunkte des eigenen Publikums als "richtig" zu bestätigen, und schüren gegebenenfalls auch die Empörung über gegnerische Positionen (das gilt für beide Seiten der Debatte). Es ist ein solider Marketingansatz: Wenn man möchte, dass Menschen ein bestimmtes Medienprodukt wählen, sagt man ihnen, dass sie im Recht sind – und diejenigen mit einer konträren Meinung im Unrecht. Dann muss dafür gesorgt werden, dass das Publikum immer wieder auf das Produkt zurückgreift. Am deutlichsten wird dies in der besonders parteiischen Haltung der US-amerikanischen Nachrichtensender wie Fox News und MSNBC. Doch auch in den europäischen Medien ist diese Vorgehensweise deutlich zu erkennen.

Spielt Framing oder Agenda Setting die größere Rolle?

Es handelt sich klar um Framing, wenn Nachrichten so präsentiert werden, dass die eine Seite Recht hat und die andere Seite im Unrecht ist. Frames sind unumgängliche Bestandteile von Nachrichten. Reporter:innen haben nur begrenzt Platz oder Zeit, um ihre Beiträge zu produzieren. Sie müssen pragmatisch entscheiden, was sie in ihre Story mitaufnehmen und was sie auslassen. Das ist ein Framing-Prozess.¹⁰ Jedes Mal, wenn wir einen Nachrichtenartikel lesen, ein Video ansehen oder auf irgendeine andere Weise einen Bericht über Migration konsumieren, sind wir mit Framing konfrontiert. Studien haben derweil aufgezeigt, dass das Framing beim Thema Migration länderübergreifend tendenziell negativ ist.¹¹

Dabei werden nicht nur Migration und Migrant:innen an sich gerahmt sondern auch Aktivist:innen. Indem eine klischeehafte Karikatur von Migrationsbefürworter:innen als linksradikale, unpatriotische oder "woke" Personen gezeichnet wird, erreichen Anhänger:innen einer restriktiveren Einstellung, dass ihr Publikum eine Reihe von Missständen mit Migrationsfragen in Verbindung

setzt. Dies erhöht die Unterstützung und den Zusammenhalt der eigenen "Wertegemeinschaft". Auf Seiten liberalerer Kräfte können hingegen Menschen, die sich besorgt über Migration zeigen, auf ähnliche Weise als rechtsextrem oder rassistisch dargestellt werden. Das Ergebnis ist, dass beide Gruppen in die von Benson und Wood beschriebene Position von "fundamental gegensätzlichen Akteuren" (siehe oben) rutschen.

Die regelmäßige Präsenz von Frames zum Thema Migration in den Medien und in der politischen Debatte beruht allerdings darauf, dass das Thema von Journalist:innen und Politiker:innen als so wichtig angesehen wird, dass sie es diskutieren wollen. Daraus lässt sich schließen, dass (positive, negative oder auch neutrale) Frames zum Thema Migration nur dann zu beobachten



Migrationsthemen sind oft Teil des Kitts, der solche Wertegemeinschaften verbindet.



sind, wenn Migration als wichtiges Thema auf die öffentliche und politische Tagesordnung ("Agenda") gesetzt wird.

Sowohl das Framing, als auch das Agenda Setting spielen eine Rolle in Migrationsdebatten, jedoch gewinnt das Thema erst wirklich an Bedeutung, wenn es ganz oben auf der öffentlichen Tagesordnung steht. Letzteres – und nicht das spezifische Framing – ist der wichtigste Gradmesser für das Ausmaß an öffentlichem Interesse am Thema.

Einige rechtsextreme Gruppen sind sich der Bedeutung des Agenda Setting für das Erreichen ihrer Ziele sehr bewusst. Sie wissen, dass auch eine negative Berichterstattung über ihre Aktivitäten ihren Zielen dient. Die Einschätzung der Identitären Bewegung zu ihrer Kampagne "Defend Europe" im Jahr 2017, mit der sie Rettungsaktionen im Mittelmeer unterbinden wollte, macht dies deutlich:

"Defend Europe hat eine enorme Menge an Medienaufmerksamkeit erhalten. **Obwohl fast alle Beiträge feindselig und einige schlicht gelogen waren, brachten diese Artikel und Fernsehberichte unsere Aktion in die Köpfe von Millionen von Menschen. Es ist diese Medienwirkung, die unseren politischen Erfolg ermöglicht.** Noch vor zwei Monaten kreuzten viele NGO-Schiffe wie Taxis, die auf ihre Kunden warten, vor der libyschen Küste. Jetzt, am 20. August, gibt es nur noch eins."¹²

Die Theorie des Agenda Settings bietet uns eine gänzlich andere Sichtweise darauf, wie progressive Gruppen angemessen reagieren sollten. Sie legt nahe, dass lautstarker Widerspruch kontraproduktiv sein kann, da dieser die Aufmerksamkeit (und potenziell Unterstützung) für genau diejenigen Positionen schafft, die bekämpft werden sollen. Daraus folgt die Anregung, dass bessere Ergebnisse erzielt werden können, wenn die Gesamtberichterstattung reduziert würde, anstatt auf die präferierte Berichterstattung zu drängen.

Wann Zurückhaltung von Vorteil sein kann

Es ist hinreichend belegt, dass das Thema Migration vor allem für ältere und konservativere Bevölkerungsschichten in Europa ein wichtiges Thema ist.¹³ Rechte Parteien erzielen mit einer strikten Migrationsprogrammatik dort, wo die Bedeutung des Themas hoch ist, in der Regel gute Ergebnisse an den Wahlen. Daher ergibt sich bei Wahlen für politische und mediale Akteur:innen eben dieser restriktiven Rechten ein klarer Vorteil, wenn sie alles in ihrer Macht stehende tun, um die öffentliche Agenda so zu gestalten, dass das Thema Migration darin Priorität hat.

Das bedeutet: Wenn sich progressive Organisationen an Debatten beteiligen, die das Thema Migration auf der öffentlichen Agenda weiter nach oben bringen, selbst wenn die Beiträge in einem positiven Framing formuliert sind, kann dies den Zielen der politischen Gegner dienen.

Zwar können überzeugende Stellungnahmen, die einen humanen Blickwinkel oder gute Gegenargumente liefern, einen Nachrichtenbeitrag interessanter machen, der sonst vielleicht nur ein eindimensionaler, negativer Bericht zum Thema Migration gewesen wäre. Allerdings könnte eine solche Stellungnahme den Artikel zu einem runderen und wertvolleren Beitrag für das Medienunternehmen machen, der vielleicht sogar auf der Titelseite oder zumindest weit oben erscheint und somit ein breiteres Publikum dazu bringt, neben der überzeugenden, positiven Aussage auch die damit einhergehenden negativen Elemente zu lesen.

Da das politische und mediale Umfeld in Europa nicht neutral, sondern bei der Berichterstattung über Migration überwiegend negativ eingestellt ist, läuft die Kommunikation zum Thema Migration – selbst, wenn sie positiv formuliert ist – Gefahr, negative Framings zu verstärken. Damit würden die Agenda Setting-Prozesse unterstützt, die das Thema Migration in den Mittelpunkt rücken und dabei politische und mediale Akteur:innen begünstigen, die eine ablehnend-restriktive Haltung einnehmen.

Dies wiederum legt nahe, dass die Bemühungen gegen negatives Framing vorzugehen, indem beispielsweise "Mythen entlarvt" oder Debatten über Migration in einigen Medien und öffentlichen Foren "gewonnen" werden, mit Bedacht unternommen werden sollten. Mitunter kann es sinnvoller sein gelegentlich zu schweigen und die allgemeine Berichterstattung über Migration zu reduzieren.

Wie soll demnach zukünftiges Handeln aussehen?

In diesem Briefing wurde argumentiert, dass die Bemühung, eine polarisierte Migrationsdebatte nuancierter zu gestalten und Gegenperspektiven einzubringen, zu Eigentoren führen kann, indem der problematischen Berichterstattung damit der Anschein von Ausgewogenheit und mehr Legitimität verliehen wird. Dies kann dazu beitragen, dass Umfang

und Bedeutung der Migrationsdebatte, in der nach Restriktionen rufende Stimmen oft bevorteilt werden, zunehmen. Darüber hinaus können solche Bemühungen das klare Feindbild eines "fundamental gegensätzlichen Akteurs" produzieren, welches ein Zusammengehörigkeitsgefühl unter Migrationsgegner:innen schaffen oder verstärken kann.

Dadurch geraten Personen und Organisationen, die mehr Komplexität und Nuancen in die Migrationsdebatte einbringen wollen, in eine Zwickmühle: ihre Bemühungen, wirkungsvolle und interessante Informationen zum Thema Migration beizusteuern, können letztendlich der Gegenseite zugutekommen. Wie kann also eine strategisch durchdachte Lösung für diese Problematik aussehen?

Obwohl Kommunikation über Migration den eigenen Zielen entgegenlaufen kann, bedeutet das natürlich nicht, dass man sich niemals in eine Diskussion einmischen sollte, um auf problematische Inhalte oder Frames zu reagieren. Allerdings legt dies nahe, dass gelernt werden muss, wann man seine Meinung äußert und wann es angemessener wäre sich zurückzuhalten.

Als Leitfaden für den Umgang mit problematischen Inhalten können Reaktionen in drei Gruppen unterteilt werden:

- 1. Aussagen, die man vorbringen will:** Kommunikation ist notwendig. Organisationen müssen sich Gehör verschaffen und versuchen, die öffentlichen Debatten mit klaren Aussagen und gut begründeten Positionen zu beeinflussen. Es ist möglich, dass Organisationen neue Wege finden, über Migration zu diskutieren, durch die es gelingt die Debatte vom "Krisen"-Framing zu lösen. In der Zwischenzeit birgt ein proaktiver Ansatz allerdings die Gefahr, dem Thema Migration unbeabsichtigt mehr Prominenz zu verschaffen und das "Krisenframing" zusätzlich zu verstärken. Manchmal ist dies ein unvermeidlicher

Kompromiss, den zivilgesellschaftliche Organisationen eingehen müssen, um sicherzustellen, dass ihr Anliegen Gehör findet. Aber Interventionen müssen gut durchdacht sein und manchmal (vielleicht sogar häufig) ist es strategisch sinnvoller, weniger zu berichten und stattdessen zu versuchen, die gesamte Berichterstattung zum Thema zu reduzieren.

2. **Aussagen, die man tätigen muss:** In gewissen Fällen ist eine Reaktion so wichtig, dass es für Akteur:innen, die sich mit Migrationsfragen befassen, eine regelrechte Pflichtverletzung darstellen würde, wenn sie nicht reagieren – zum Beispiel, wenn das Leben, die Freiheit, die Lebensgrundlage oder die Sicherheit von Menschen auf dem Spiel stehen.
3. **Aussagen, die provoziert werden sollen:** Dies sind Reaktionen auf gezielte Provokationen von politischen oder ideologischen Gegner:innen. Mit ihnen sollen progressive Akteure zu Aussagen provoziert werden, die bei der politischen Gegenseite bestehende, polarisierende und manchmal cartoonhaft überzogene Vorstellungen über die provozierte Person verstärken sollen. Derartige Reaktionen sollten vermieden werden.

ANHANG – Was uns die Daten zeigen:

Eine genauere Analyse stützt die Behauptung, dass die Medien Migration und Migrant:innen in der Regel eher negativ darstellen. Dadurch können einerseits Sorgen in der Bevölkerung geschürt und andererseits ein politisches Narrativ genährt werden, welches eine ablehnende und restriktive Strategie fordert. Eine Analyse aus dem Vereinigten Königreich aus den 2000er-Jahren dürfte vielen in Europa nur allzu bekannt vorkommen. Dort heißt es: "Die Medien tragen zu der Wahrnehmung bei, dass es sich beim Thema Einwanderung um eine Dauerkrise handelt. Dies beeinflusst auch die Art der Beobachtung sowie die Umsetzung von Reformen."¹⁴

Diese Tendenz zu negativem Framing und zu "Krisendarstellungen" in der Berichterstattung über Migration ist nicht auf rechtsgerichtete Meinungen, Diskurse oder Medien beschränkt, doch sie kommt – wie bereits beschrieben – vor allem solchen Akteur:innen zugute. In rechtsgerichteten Medien können derartige Narrative auch dann noch eine Rolle spielen, wenn sie den Parteien, die diesen Medien nahestehen, nicht mehr nützen (oder sogar schaden). Das kann wiederum dazu beitragen, dass sich die besagten Parteien in noch extremere Positionen gedrängt fühlen.

Erfahrungen aus dem Vereinigten Königreich¹⁵ zeigen, wie diese Theorie in der Praxis funktioniert. Im Jahr 2010 rückte die Konservative Partei das Thema Migration ganz oben auf die Agenda. Sie konnte im Wahlkampf mit der Forderung punkten, die Nettozuwanderung auf maximal 100.000 Personen zu begrenzen. Dafür erhielt sie von den rechtsgerichteten Medien im Land viel Beifall und große Unterstützung. Doch trotz der folgenden Einführung einer Reihe von Maßnahmen zur Begrenzung der Nettozuwanderung und einer aggressiven Politik gegenüber irregulären Migrant:innen im Vereinigten Königreich wurde das Ziel nicht erreicht. Rechtsgerichtete Medien drängten darauf, die versprochene Quote zu erfüllen, auch wenn damit das Versagen der

Konservativen Partei deutlich wurde. Linke Medien hingegen nutzten die Zielverfehlung als Waffe gegen den politischen Gegner. Dies führte dazu, dass die Berichterstattung über das Ausmaß der Migration zunahm und Bedenken über die Freizügigkeit von EU-Bürger:innen mit niedrigem Einkommen aufkamen, was sich letztendlich im britischen Votum für den EU-Austritt niedergeschlagen hat.

Doch damit ist die Geschichte nicht zu Ende. Der Brexit führte zu einem starken Rückgang der medialen und politischen Diskussion über Migration sowie zu einem starken Rückgang der wahrgenommenen Bedeutung von Migration, wodurch sich eine allgemeine Entspannung innerhalb der öffentlichen Debatte und Meinung abzeichnete.¹⁶ Im Jahr 2019 stellte eine Pew-Studie fest, dass die Menschen im Vereinigten Königreich die Auswirkungen von Migration unter allen europäischen Ländern am positivsten einschätzen:

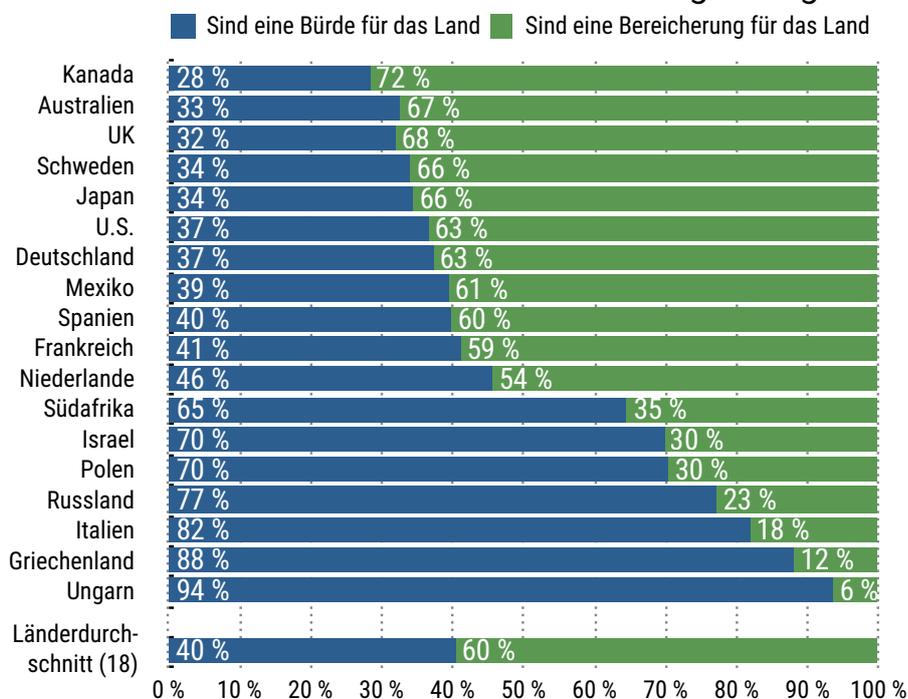
Diese positive Einstellung schien aus dem allgemeinen Gefühl heraus zu entstehen, dass Migration nicht länger als Krise wahrgenommen, sondern als ein normaler, alltäglicher Prozess betrachtet wurde, bei dem "nützliche" Menschen überzeugt wurden, in einem anderen Land leben zu wollen, und dadurch zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wertschöpfung beizutragen. Hinzu kam, dass ein Jahr vor dieser Studie der Guardian mehrere Fälle aufgedeckt hatte, in denen langjährig in Großbritannien lebenden Menschen infolge der aggressiven Politik, mit der irreguläre Migration verhindert werden sollte, Unrecht getan wurde ("Windrush-Skandal"). Infolgedessen nahm die Boulevardzeitung Daily Mail,

bekanntermaßen ein starker Befürworter einer aggressiven Anti-Migrationspolitik, den Windrush-Skandal auf ihre Titelseite. Die Vorgänge wurden darin als "Fiasko, das ganz Großbritannien beschämt" bezeichnet. Insofern hat eine Verringerung der Prominenz des Themas Migration den politischen Lagern die Möglichkeit gegeben, ihre dogmatischen Ansichten zu lockern und die Debatte neu zu strukturieren.

Klar ist: Eine größere Aufmerksamkeit für das Thema bedeutet auch, dass sich mehr Möglichkeiten zum Agenda Setting ergeben. Eine aktuelle Analyse zu den Umfrage- und Wahlerfolgen rechtsradikaler Parteien in der EU hat gezeigt, dass "die Veränderung der Salienz des Themas" für den Wahlerfolg rechtsextremer Parteien wichtiger ist, als die Veränderung der Positionierung zum Thema.

Die Hälfte oder mehr in den Zielländern sehen Migrant:innen als eine Stärkung an.

Immigrant:innen stärken unser Land durch ihre Arbeit und Talente ODER Immigrant:innen sind eine Bürde für unser Land und nehmen uns Jobs und Sozialleistungen weg.



Quelle: Spring 2018 Global Attitudes Survey. Q54a. "Around the world. More say Immigrant:innen are a Strength than a burden" PEW Research Center.

Gruppierungen wie die AfD in Deutschland oder Rassemblement National in Frankreich dürften somit eher von einer möglichst starken Betonung ihrer Kernthemen (zu denen die Migration ganz eindeutig gehört) profitieren, als von einer Änderung/Anpassung ihrer Schwerpunkte an aktuelle politische Thematiken. Die angesprochene Analyse stellte außerdem fest, dass rechtsextreme Parteien stärker von einer erhöhten Aufmerksamkeit für das Thema der EU Integration profitierten als für Migration. Das ließe sich dadurch erklären, dass diejenigen, deren Wahlentscheidung stark vom Thema Einwanderung beeinflusst wird, ohnehin rechtsextreme Parteien wählen, während Euroskepsis für diese Parteien ein fruchtbarer Boden für die Gewinnung neuer Anhänger:innen zu sein scheint.

Dennoch zeigte die Studie auch, dass eine stärker wahrgenommene Bedeutung des Themas Migration diesen Parteien ebenfalls Vorteile bei Wahlen verschafft. In einer Welt, in der die EU Maßnahmen wie die EU Asylreform vorantreibt, kann es darüber hinaus schwierig sein, festzustellen wo die Sorgen von Parteien wie der AfD zur EU-Integration enden und wo Sorgen zu Migrationsfragen beginnen – beispielsweise mit Blick auf die Teilnahme am freiwilligen Solidaritätsmechanismus.

Endnoten

- 1 Allen, Blinder and McNeil (2018), IOM World Migration Report
- 2 <https://gcm.unu.edu/publications/articles/media-and-their-role-in-shaping-public-attitudes-towards-migrants.html>
- 3 Eine Theory of Change ist eine spezifische und messbare Beschreibung sozialer Veränderungen oder sozialen Wandels, die die Grundlage für Planung, fortlaufende Entscheidungsfindung und Bewertung bildet. Siehe: <https://www.ncvo.org.uk/help-and-guidance/strategy-and-impact/strategy-and-business-planning/theory-of-change/#/>
- 4 Entman, Robert M. "Framing: Toward clarification of a fractured paradigm." *Journal of communication* 43, no. 4 (1993): 51-58.
- 5 McCombs, Maxwell E., Donald L. Shaw. "The agenda-setting function of mass media." *Public opinion quarterly* 36, no. 2 (1972): 176-187.
- 6 Kustov, Alexander, Dillon Laaker, Cassidy Reller. "The stability of immigration attitudes: Evidence and implications." *The Journal of Politics* 83, no. 4 (2021): 1478-1494.
- 7 Benson, R., & Wood, T. (2015). Who Says What or Nothing at All? Speakers, Frames, and Frameless Quotes in Unauthorized Immigration News in the United States, Norway, and France. *American Behavioral Scientist*, 59(7), 802–821. <https://doi.org/10.1177/0002764215573257>
- 8 Blinder, Scott, Anne-Marie Jeannet. "The 'illegal' and the skilled: effects of media portrayals on perceptions of immigrants in Britain." *Journal of Ethnic and Migration Studies* 44, no. 9 (2018): 1444-1462.
- 9 Anderson, Bridget. *Us and them?: The dangerous politics of immigration control*. OUP Oxford, 2013
- 10 Entman, Robert M. "Framing bias: Media in the distribution of power." *Journal of communication* 57, no. 1 (2007): 163-173.
- 11 McAuliffe, Marie, Warren Weeks. "Media and migration: Comparative analysis of print and online media reporting on migrants and migration in selected origin and destination countries." Belconnen ACT: Department of Immigration and Border Protection (2015).
- 12 Defend Europe (2017), zitiert in Bjørgo, Tore and Miroslav Mareš. *Vigilantism against migrants and minorities*. Taylor & Francis, 2019
- 13 Dennison, James, and Andrew Geddes. "A rising tide? The salience of immigration and the rise of anti immigration political parties in Western Europe." *The political quarterly* 90, no. 1 (2019): 107-116.
- 14 Threadgold, Terry. "The media and migration in the United Kingdom, 1999 to 2009." Washington DC (2009).
- 15 Allen, W. L., Blinder, S. (2018). Media Independence through Routine Press-State Relations: Immigration and Government Statistics in the British Press. *The International Journal of Press/Politics*, 23(2), 202–226. <https://doi.org/10.1177/1940161218771897>
- 16 Migration Observatory – UK Public opinion toward immigration – overall attitudes and level of concern <https://migrationobservatory.ox.ac.uk/resources/briefings/uk-public-opinion-toward-immigration-overall-attitudes-and-level-of-concern/>

Über den Autor



Rob McNeil

Rob McNeil ist Forscher und Berater mit dem Fachgebiet Migration in den Medien. Er hat für UN-Organisationen, Regierungen, zwischenstaatliche Organisationen und NGOs gearbeitet und eine Reihe von Schulungsmaterialien für Journalisten entwickelt, die über das Thema Migration informieren. Rob ist ein ehemaliger Journalist und Berater für Öffentlichkeitsarbeit und ist aktuell am Centre on Migration, Policy and Society (COMPAS) der Universität Oxford tätig, wo er stellvertretender Direktor des Migration Observatory ist.

Über die Foundation For European Progressive Studies (FEPS)

Die Stiftung für Europäische Progressive Studien (FEPS) ist der Think Tank der progressiven politischen Familie auf EU-Ebene. Ihre Aufgabe ist die Entwicklung innovativer Forschung, Politikberatung, Bildung und Diskussionen, um progressive Politiker:innen und Politik in ganz Europa zu inspirieren und zu informieren.

Die FEPS arbeitet in enger Partnerschaft mit ihren 68 Mitgliedern und anderen Partnern – darunter renommierte Universitäten, Wissenschaftler:innen, politische Entscheidungsträger:innen und Aktivist:innen – und stellt Verbindungen zwischen der Welt der Politik, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft auf lokaler, regionaler, nationaler, europäischer und globaler Ebene her.

Europäische Politische Stiftung – Nr. 4 BE 896.230.213 | Avenue des Arts 46 1000 Brüssel (Belgien)

www.feps-europe.eu | Twitter/Instagram: @FEPS_Europe | Facebook: @FEPSEurope

Über die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ist eine gemeinnützige deutsche Stiftung, die von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland finanziert wird und ihren Sitz in Bonn und Berlin hat. Sie wurde 1925 gegründet und ist nach dem ersten demokratisch gewählten Bundespräsidenten Deutschlands, Friedrich Ebert, benannt.

Die FES engagiert sich für die Förderung der gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung im Geiste der sozialen Demokratie durch politische Bildung, Forschung und internationale Zusammenarbeit. Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist die älteste politische Stiftung in Deutschland.

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG | EU-BÜRO BRÜSSEL | Rue du Taciturne 38, BE-1000 Brüssel (Belgien)

<https://brussels.fes.de> | @FES_Europa

ZU ÄHNLICHEN THEMEN

POLICY BRIEF
Dezember 2023

FEPS
FOUNDATION FOR EUROPEAN
PROGRESSIVE STUDIES

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

ÜBER MIGRATION SPRECHEN: EIN PLÄDOYER FÜR EHRLICHE KOMMUNIKATION

Zusammenfassung

Migration wird in politischen und medialen Debatten häufig als Krise, die es zu lösen gilt, dargestellt. Dieses Krisen-Framing in der politischen und medialen Öffentlichkeit und die damit einhergehende Verunsicherung hat die europäischen Wählerinnen und Wähler zunehmend in die Arme von populistischen Parteien getrieben, die schillernde 'klimafreundliche' Aktivitäten wie Migrationsquoten, Pushbacks oder Massenabschiebungen fordern.

Allerdings ist es einfacher, derartige Maßnahmen zu versprechen, als sie tatsächlich umzusetzen. Daher enttäuschen populistische Parteien ihre Wählerinnen in dieser Hinsicht oft. Darüber hinaus ist es unwahrscheinlich, dass solche Maßnahmen die Bedenken und Ängste der Menschen in Bezug auf Migration zurücknehmen – oder dass die Herausforderungen für die europäischen Staaten dadurch gelöst werden können.

Auf der anderen Seite schlagen die Befürworterinnen einer liberaleren Politik häufig ihre eigenen simplen Lösungen vor, beispielsweise die Ausweitung sicherer und legaler Migrationsrouten, um gefährliche oder irreguläre Migrationsbewegungen zu reduzieren – obwohl es kaum Belege dafür gibt, dass dieser Ansatz wirklich effektiv wäre.

Diese Vorgehensweisen auf beiden Seiten schüren eine Polarisierung und unterschätzen die Komplexität des Themas Migration. Gleichzeitig überschätzen sie die Wirksamkeit der verfügbaren politischen Instrumente zur Migrationsregulierung und ignorieren potenziell schwerwiegende Folgen. In diesem Beitrag wird untersucht, welche Auswirkungen dies auf die politischen Debatten hat und wie Polarisierung abgebaut und eine ehrliche sowie realitätsgerechte Migrationspolitik entwickelt werden kann.

AUTOR
Rob McNeill
Forscher und Berater
internationaler Migration in den
Medien und stellvertretender
Direktor des Migration Observatory
am Zentrum für Migration,
Politik und Gesellschaft der
Universität Oxford (COMPAS)

POLICY BRIEF
Dezember 2023

FEPS
FOUNDATION FOR EUROPEAN
PROGRESSIVE STUDIES

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

ÜBER MIGRATION SPRECHEN: EIN PLÄDOYER FÜR KLARE KOMMUNIKATION

Zusammenfassung

Die Wahl unserer Worte bei der Diskussion von Themen beeinflusst, wie wir sie verstehen und interpretieren. Das gilt besonders für Debatten über Migration, in denen die von uns verwendeten Begriffe vage sein können und einen sehr positiven Eindruck davon vermitteln, 'wer die Menschen sind', die migrieren. Dieser Eindruck kann völlig irreführend sein und zu falschen politischen Entscheidungen führen, die die Rechte und Möglichkeiten des Einzelnen beeinträchtigen oder sogar ihr Leben gefährden können.

In diesem Beitrag wird erläutert, dass die Wahl bei der politischen Entscheidungsfindung wichtig ist und dass gewissermaßen und sprachliche Klarheit von entscheidender Bedeutung sind. Darüber hinaus werden Empfehlungen für politische Entscheidungsträgerinnen und Medienschaffende gegeben, die sich mit dem Thema Migration befassen.

AUTOR
Rob McNeill
Forscher und Berater
internationaler Migration in den
Medien und stellvertretender
Direktor des Migration Observatory
am Zentrum für Migration,
Politik und Gesellschaft der
Universität Oxford (COMPAS)

**TOWARDS A HUMANE
REFUGEE POLICY FOR
THE EUROPEAN UNION**

Gesine Schwan
with the collaboration of Malisa Zobel

POLICY BRIEF
Dezember 2022

FEPS
FOUNDATION FOR EUROPEAN
PROGRESSIVE STUDIES

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

WAR IN UKRAINE, REFUGEES, INCLUSION AND HUMAN MOBILITY

THE CHALLENGES FOR A PROGRESSIVE EUROPEAN UNION POLICY

ABSTRACT

After summarising the main EU decisions on the reception of Ukrainian refugees, with reference to the decision to grant them temporary protection, this policy brief analyses the migration profile and problems of reception and integration. The flows from Ukraine are largely composed of women and children, posing pressing needs for integration into schooling and the labour market, addressing the problems of brain waste and segregation.

The latter are also discussed in the light of the different geopolitical scenarios and therefore with respect to short-term and medium-to-long-term needs. The importance for the EU to equip itself with a flexible capacity to foresee and respond to migratory flows, combining measures for social and economic integration with measures that enable the mobility of people, overcoming existing discrimination in the treatment of different nationalities, is highlighted. This requires more solidarity among EU member states and territories. More generally, the proliferation of protracted crises around Europe calls for a new risk-management policy outside and inside the Union. Growing tensions must be prevented and governed with a progressive policy based on the recognition of human rights, investing in universal welfare and social and territorial cohesion, as well as on the nexus between migration and development in Ukraine.

Finally the Pact on Migration and Asylum should provide for more, diversified and intertwined safe channels of entry and mobility.

AUTOR
ANDREA STOCCHIERO
Research Coordinator on Migration
and Development at CeSPI

IN PARTNERSHIP WITH
FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

IN CONJUNCTION WITH
CeSPI

POLICY BRIEF
Dezember 2022

FEPS
FOUNDATION FOR EUROPEAN
PROGRESSIVE STUDIES

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

THE EU ASYLUM SYSTEM AND THE UKRAINIAN HUMANITARIAN CRISIS

ABSTRACT

This policy brief sums up the main findings of an international roundtable to discuss the future of the European Union asylum policies after the war in Ukraine.

The roundtable took place in Como, Italy, from 7 to 9 October 2022. It was organised by the Foundation for European Progressive Studies (FEPS), the Friedrich Ebert Foundation Italian Office, the Fondation Jean-Jaurès and the Centro Studi di Politica Internazionale (CeSPI), in conjunction with the German-Italian Centre for the European Dialogue, Villa Vigore.

The objective of the workshop was to promote an essential and timely debate on the political pathways through which the EU can shape its asylum and migration policies, avoiding previous imbalances and injustice.

Thanks also to a preliminary background paper, 'War in Ukraine, refugees, inclusion and human mobility: The challenges for a progressive European Union policy' (A. Stocchiero, September 2022), CeSPI, the high-level debate underlined different critical aspects and agreed upon some relevant recommendations in order to enrich a progressive policy agenda regarding the EU migration and asylum policies in the medium and long term.

AUTOR
ANNA FERRO
Senior Researcher,
CeSPI

IN PARTNERSHIP WITH
FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

IN CONJUNCTION WITH
CeSPI

ISSUE PAPER
EUROPEAN MIGRATION AND DIVERSITY PROGRAMME
14 NOVEMBER 2022

Disinformation on refugees from Ukraine: Boosting Europe's resilience after Russia's invasion

Alberto-Horst Neidhardt

DOI: 10.28361/EMD

Über Migration sprechen: Ein Plädoyer für mehr Gelassenheit